

Israels Rückzug in den Bunker

Radikale Zionisten und Nationalisten untergraben die Tradition von Weltoffenheit und Demokratie

Eine national orientierte Mehrheit im israelischen Parlament versucht mit Gesetzen, Kritiker und Andersdenkende mundtot zu machen. Liberale Kritiker werfen ihr die Gefährdung der Demokratie vor.

George Szpiro, Jerusalem

Im israelischen Parlament verfügen national und religiös orientierte Parteien mit 65 von 120 Sitzen seit den Wahlen von 2009 über eine bequeme Mehrheit. Die Sitzverteilung in der Knesset widerspiegelt die politische Realität nur unvollständig. In der breiten Bevölkerung tendiert die Meinung wohl noch weiter nach rechts als im Parlament. Dies jedenfalls lassen Meinungsumfragen vermuten.

Nationalistischer Wind

Israel hat keine Verfassung, welche die Rechte von Minderheiten und Andersdenkenden schützen würde. Eine Folge davon ist, dass die Mehrheit im Bewusstsein der eignen Stärke eine Agenda durchsetzen will, ohne sich um die Konsequenzen für den demokratischen Charakter des Landes zu kümmern. Einzig das Oberste Gericht greift als letzte Instanz manchmal zur Verteidigung demokratischer Werte in den gesetzgeberischen Prozess ein. Deswegen wird es von nationalistischen und orthodoxen Kreisen regelmässig angegriffen. Die Kritiker behaupten, die Richter missachteten den Volkswillen. In jüngster Zeit versuchen sich rechtsgerichtete Politiker mit antiliberalen Gesetzesentwürfen förmlich zu überbieten. Die konservative Likudpartei, die rechtsgerichteten Parteien Israel Beiteinu und Nationale Union sowie die orthodoxe Partei Shas befinden sich in einem Kampf um die Wählergunst, in dessen Verlauf die elementarsten Regeln einer demokratischen Gesellschaft verletzt werden. Ein Schwall besorgniserregender Vorlagen überflutete in den vergangenen Monaten die Knesset. Im Februar wurde ein Gesetz verabschiedet, das israelische Organisationen dazu verpflichtet, finanzielle Unterstützung durch ausländische staatliche Institutionen offenzulegen. Das Gesetz richtet sich ausschliesslich gegen hierzulande als links bezeichnete Vereinigungen, da nationalistische Organisationen nicht von Staaten, sondern zumeist von Persönlichkeiten unterstützt werden. Im März wurde das sogenannte Nakba-Gesetz verabschiedet, das Aktivitäten, die den israelischen Unabhängigkeitstag oder die staatlichen Symbole entehren, unter Strafe stellt.

Ebenfalls im März wurde ein Gesetz verabschiedet, das Gemeinden in Galiläa und der Negev-Wüste mit weniger als 400 Familien gestattet, unliebsamen Zuzüglern die Niederlassung zu verwehren. Obwohl das Gesetz religiöse oder rassistische Diskriminierung

ausschliesst, ist allen klar, dass es sich gegen Araber richtet. Schliesslich wurde vor einer Woche das sogenannte Anti-Boykott-Gesetz verabschiedet, das vorsieht, dass Aufrufe zur Ächtung israelischer Waren, insbesondere solcher aus den besetzten Gebieten, illegal seien. Auch Appelle an Schauspieler, das Theater in Ariel in Cisjordanien zu boykottieren, oder an Akademiker, keine Lehrveranstaltungen am «universitären Zentrum in Judäa und Samaria» abzuhalten, stehen fortan unter Strafe.

Kehrtwende Netanyahu

Aber mit dem Anti-Boykott-Gesetz haben sich die Nationalisten möglicherweise ins eigene Bein geschossen. Das negative Echo aus dem In- und Ausland war grösser als erwartet, und unter dem Schwall der Kritik besann sich Ministerpräsident Netanyahu offenbar eines anderen. Am vergangenen Mittwoch wandte er sich gegen den jüngsten Versuch von Israel Beiteinu, ein weiteres Gesetz zu verabschieden, das die Meinungsfreiheit in Israel beeinträchtigt hätte. Der vorgelegte Gesetzesvorschlag hätte parlamentarische Ausschüsse ermächtigt, die finanziellen Hintergründe von Organisationen zu untersuchen, die laut Ansicht der Ausschüsse gegen Staatsinteressen handelten. Netanyahu hatte den Koalitionsmitgliedern Stimmfreiheit gewährt und sogar die Abgeordneten seiner Likud-Partei aufgerufen, gegen die Vorlage zu stimmen. Nach stundenlanger, zum Teil stürmisch geführter Debatte wurde die Vorlage zum grossen Unwillen von Aussenminister Lieberman, Parteichef von Israel Beiteinu, mit 57 Stimmen gegen 28 von der Knesset abgelehnt. Die Initianten des Gesetzes geben sich jedoch nicht geschlagen. Sie erklärten, dass sie den Entwurf der Knesset so lange erneut vorlegen würden, bis er zum Gesetz werde.

Nationalbewusstsein stärken

Unterdessen werden in der Knesset weitere Gesetzesentwürfe erörtert, die dazu angetan sind, das nationalistische Bewusstsein im Volk zu stärken. Organisationen, die den jüdischen Charakter des Staates Israel negieren, sollen ihren Status als gemeinnützige Gesellschaft verlieren, nur staatstreuen Filmemachern sollen staatliche Subventionen gewährt werden, die Knesset soll gegen Mitglieder des Obersten Gerichts ihr Veto einlegen können, der Chef der Antiquitäten-Behörde soll fortan nicht mehr Mitglied der angeblich zu liberalen Akademie der Wissenschaften sein. Ein Treueschwur für Neubürger oder der staatlich verordnete Fahnenaufzug in Kindergärten mögen an sich unschuldige Bekundungen von Patriotismus sein, sind aber, gepaart mit Religiosität und Sendungsbewusstsein, Ausdruck eines nationalistischen Chauvinismus. Kürzlich wurde in erster Lesung ein Gesetz gutgeheissen, das die Finanzierung von Museen im besetzten Cisjordanien vorsieht. Der Sponsor der Vorlage, ein Abgeordneter der Nationalen Union, erklärte nach dem Erfolg, dass er von jetzt an die «zionistische Mehrheit» im Parlament dazu benützen werde, um der Knesset allwöchentlich ein ähnliches Gesetz zu präsentieren.

Den vorgelegten und verabschiedeten Gesetzen ist gemeinsam, dass sie eine nationalistische Weltanschauung staatlich verordnen und divergierende Meinungen unterdrücken. Ermutigt durch den nationalistischen Wind in der Knesset, hat ungutes Gedankengut auch ausserhalb des Parlaments an Legitimität gewonnen. An Rassismus grenzende Appelle von Ministern, Abgeordneten und Rabbinern, wie zum Beispiel der Aufruf, keine Wohnungen an arabische Israeli zu vermieten, erregen in liberalen und weltoffenen Kreisen grosse Besorgnis. Gleichzeitig agiert die Polizei oft mit Nachsicht gegen ideologisch motivierte Straftäter, und die Justiz drückt ausgerechnet mit Hinweis auf die Meinungs- und Redefreiheit die Augen vor ideologisch oder religiös verbrämten Vergehen zu, mit denen diese liberalen Werte in Frage gestellt werden. Nicht selten wird dieser Tage an die McCarthy-Ära in den USA erinnert oder der Begriff «totalitär» verwendet, um die vom Gesetzgeber geprägte Atmosphäre in Israel zu beschreiben.

Langfristiger Imageschaden

Dass Bürger eines Landes, das sich allseits bedroht fühlt, aus Angst um das Überleben ihres Staates eine Bunkermentalität annehmen, mag verständlich sein. Von Staatslenkern und Parlamentariern wird jedoch erwartet, dass sie klaren Kopf bewahren. Die kurzsichtige Instrumentalisierung einer Parlamentsmehrheit, um Andersdenkende mundtot zu machen, fügt nicht nur dem Image des Staates, sondern vor allem dem demokratischen Charakter des Landes grossen Schaden zu, der schwer wiedergutzumachen sein wird.